

Hearing im Landesparlament nach der Sommerpause

Arbeitspsychologen sollen zur Beschäftigung von Mädchen im Bauhauptgewerbe gehört werden

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge befaßte sich mit den Bereichen des Landesentwicklungsberichts 1980, die in seine Zuständigkeit fallen. Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales hatte einen ergänzenden aktualisierten Bericht (Vorlage 9/775) dem Ausschuß zugeleitet, weil seit der Vorlage des Landesentwicklungsberichts sich in vielen Bereichen Veränderungen ergeben haben. Dieser ergänzende Bericht war vor allem Grundlage einer ausführlichen Diskussion.

Heinrich Dreyer (CDU) wies im Rahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung darauf hin, daß die ostwestfälische Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammern ihre Bereitschaft erklärt hätten, das Berufsgrundschuljahr in kooperativer Form zu führen. Auch die Berufsschulen hätten hierzu ihre Bereitschaft bekundet. Staatssekretär Paul-Arnold Nelles vom Sozialministerium unterstrich, daß in diesem Rahmen jeweils die örtlichen Gegebenheiten untersucht werden müßten.

Von den Abgeordneten Heinrich Dreyer, Lothar Hegemann (beide CDU) und Günter Meyer zur Heide (SPD) wurden ferner Probleme des Umweltschutzes (Immissionsbelastung - Emissionsminderung) besonders angesprochen.



Immer noch problematisch: Weiblicher Lehrling auf dem Bau. Foto: dpa

Frauenpolitik

Ingeborg Friebe (SPD) wies im Rahmen der Frauenpolitik darauf hin, daß die bereits heute sehr angespannte Arbeitsmarktsituation weiblicher Arbeitnehmer ganz wesentlich auch auf die immer noch vorhandene Minderqualifikation von Frauen zurückzuführen sei. Mit einer weiteren Verschlechterung sei, so der Bericht des Ministers, insbesondere in traditionellen Frauenberufen, so in den Büroberufen, zu rechnen, unter anderem auch durch technologisch bedingte Veränderungen. Die Frage, die sich hier stelle, sei, ob man hierauf Einfluß nehmen könne. Staatssekretär Nelles erklärte, es gebe keine Patentlösung.

Helmut Harbich (CDU) sprach im Rahmen des Problems „Aussiedler“ die Kürzungen im Haushalt 1982 für diesen Personenkreis an und wollte vom Ministerium wissen, ob die Mittel in diesem Jahr ausreichen würden.

Staatssekretär Nelles gab zu, es sei richtig, daß hier finanzielle Einschränkungen gemacht werden mußten, obwohl in den ersten Monaten dieses Jahres eine beachtliche Zahl von Aussiedlern nach Nordrhein-Westfalen gekommen sei.

Auf die Frage des Abgeordneten Heinrich Dreyer (CDU), ob eine Änderung des Gesetzes über den Rettungsdienst vorgese-

hen wäre, antwortete Nelles, daß dies nicht der Fall sei. Der Ausschuß nahm den Landesentwicklungsbericht 1980 einstimmig zur Kenntnis.

Auf einen Antrag der Abgeordneten Ingeborg Friebe (SPD), dem sich der Ausschuß einstimmig anschloß, wird nach der Sommerpause eine Anhörung von verschiedenen Sachverständigen, Verbänden und Institutionen zum Gutachten über „Arbeitspsychologische Überlegungen zur Beschäftigung von weiblichen Jugendlichen und Frauen im Bauhauptgewerbe“ stattfinden, das im Auftrag des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen von den Professoren Dr. med. Dr. phil. Joseph Rutenfranz und Dr.-Ing. F. Klimmer, Dortmund, erstellt worden ist.

Außerdem befaßte sich der Ausschuß mit dem Antrag der Fraktion der CDU bezüglich Novellierung des Planungs- und Abstandserlasses (Drs. 9/1512). Hierzu hatten sowohl der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales als auch der Minister für Landes- und Stadtentwicklung ihre Entwürfe zur Novellierung des Planungs- und Abstandserlasses vorgelegt.

Zunächst nahm Staatssekretär Nelles zu einigen Forderungen des CDU-Antrages Stellung. Er wies darauf hin, daß die Forderung, die Landesregierung möge schnellstmöglich eine Novellierung des

Betreuung von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten weiter möglich

In einer aktuellen Viertelstunde des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge wies der Abgeordnete Heinrich Dreyer (CDU) darauf hin, daß im Haushalt 1982 der Ansatz „Zuschüsse für ausgewählte Maßnahmen zur sozialen Rehabilitation von Obdachlosen“ erheblich gekürzt worden sei. Er solle im nächsten Haushalt ganz entfallen. Aus dieser Position sei bislang der Ortsverband Mettmann im Deutschen Kinderschutzbund gefördert worden, der in zwei sozialen Brennpunkten eine Kinder- und Jugendbetreuung durchführt. Eine Fortführung dieser Arbeit sei unbedingt erforderlich, betonte Dreyer. Er bat den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales um Auskunft, welche Möglichkeiten zur weiteren Förderung dieser Betreuung die Landesregierung sehe.

Staatssekretär Paul-Arnold Nelles vom Sozialministerium antwortete: „Es trifft zu, daß der für den Bereich ‚Ausgewählte Maßnahmen zur sozialen Rehabilitation Obdachloser‘ vorgesehene Haushaltsansatz im Jahre 1982 auf 500000 DM reduziert worden ist und im Jahre 1983 gänzlich entfallen wird, so daß eine Bezuschussung der freien Träger von Rehabilitationsmaßnahmen aus Landesmitteln in dieser Form künftig nicht mehr möglich sein wird. Da der Ortsverband Mettmann des Deutschen Kinderschutzbundes hier indes eine Maßnahme durchführt, die die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in zwei sozialen Brennpunkten zum Gegenstand hat, ist eine Förderung dieser Maßnahme im Jahre 1983 im Rahmen der für 1983 verfügbaren Haushaltsmittel nach Ziffer 1.25, erzieherische Hilfen für Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien, die in Wohngebieten mit unterdurchschnittlichen Sozialisationsbedingungen leben, der dann geltenden neuen ‚Richtlinien zur Gewährung von Zuwendungen des Landes zur Förderung offener erzieherischer Jugendhilfen‘ entsprechend dem hierfür vorgesehenen Haushaltsansatz möglich.“

Planungs- und Abstandserlasses vorliegen, bereits vollständig erfüllt sei. Allerdings, betonte Nelles, die Arbeiten zur Novellierung hätten bereits lange vor dem CDU-Antrag begonnen. Die Forderung, so Nelles, daß der Abstandserlaß bei Gemengelage nicht angewendet werden solle, könne nicht nachgekommen werden. Der Abstandserlaß müsse generell die Stellungnahmen der staatlichen Gewerbeaufsichtsämter in Nordrhein-Westfalen vereinheitlichen, könne also nicht bestimmte Bereiche, so Gemengelage, ausnehmen. Bernd Wilz (CDU) begrüßte für seine Fraktion, daß in relativ kurzer Zeit nunmehr ein Gesamtkonzept vorgelegt worden sei.

Fortsetzung Seite 14

SPD-Fraktion

Praxis des Schulmitwirkungsgesetzes

Die Schule in der demokratischen Gesellschaft ist ohne Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern, Lehrer und Schüler nicht vorstellbar. Für die SPD-Landtagsfraktion war dieser Auftrag des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates politische Verpflichtung, die Rechte der Eltern, Lehrer und Schüler gesetzlich zu sichern, und zwar im Schulmitwirkungsgesetz vom Dezember 1977.

Nach fast fünfjähriger Praxis des Schulmitwirkungsgesetzes hält die SPD-Landtagsfraktion den Zeitpunkt für gekommen, öffentliche Bilanz zu ziehen und Erfahrungen mit der Praxis des Schulmitwirkungsgesetzes auszuwerten. Die Mitglieder des Arbeitskreises „Schule und Weiterbildung“ der SPD-Landtagsfraktion haben deshalb eine Kleine Anfrage

an die Landesregierung gerichtet, mit der sie unter anderem Auskunft darüber erbiten, wann die Landesregierung dem Landtag einen Erfahrungsbericht zum Schulmitwirkungsgesetz vorlegen wird. Bei der Verabschiedung des Schulmitwirkungsgesetzes war sich die Fraktion der Gefahr bewußt, daß die Wahrnehmung der Mitwirkungsrechte der Eltern, Lehrer und Schüler in der Schule durch bürokratische Hemmnisse beeinträchtigt werden könnte. Die Fraktionsmitglieder haben dies zum Anlaß genommen, die Landesregierung in diesem Punkt um eine besonders intensive Auswertung der Praxis zu bitten.

Mit der Kleinen Anfrage wird schließlich auch um Auskunft darüber gebeten, wie der Kultusminister die Möglichkeit benutzt hat, den schulischen Mitwirkungsgremien bei der Umsetzung ministerieller Maßnahmen einen größeren Gestaltungsraum zu eröffnen.

★

„Unter schwierigeren wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen haben wir eine Politik weiterverfolgt, die unser Land

immer lebenswerter werden läßt. Wir sind stolz auf das in 15jähriger Regierungsverantwortung mit dem Bürger Erreichte.“ So der SPD-Fraktionsvorsitzende Karl Josef Denzer in einer „Zwischenbilanz“ zwei Jahre nach dem Gewinn der absoluten Mehrheit durch die SPD in Nordrhein-Westfalen. Denzer nannte einige Stichpunkte:

■ Vor knapp einem Jahr wurde das Gesamtschulgesetz verabschiedet, das einen Schritt in Richtung auf mehr Chancengleichheit im Bildungswesen darstellt.

■ In der Wohnungs- und in der Städtebauförderung ist Nordrhein-Westfalen Spitze im Ländervergleich.

■ Für die Entwicklung neuer Technologien auf dem Energiesektor stellte das Land in den letzten drei Jahren über 800 Millionen DM zur Verfügung. In anderen Bundesländern bestehen vergleichbare Programme nicht.

■ Auch in der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs ist Nordrhein-Westfalen vorbildlich.

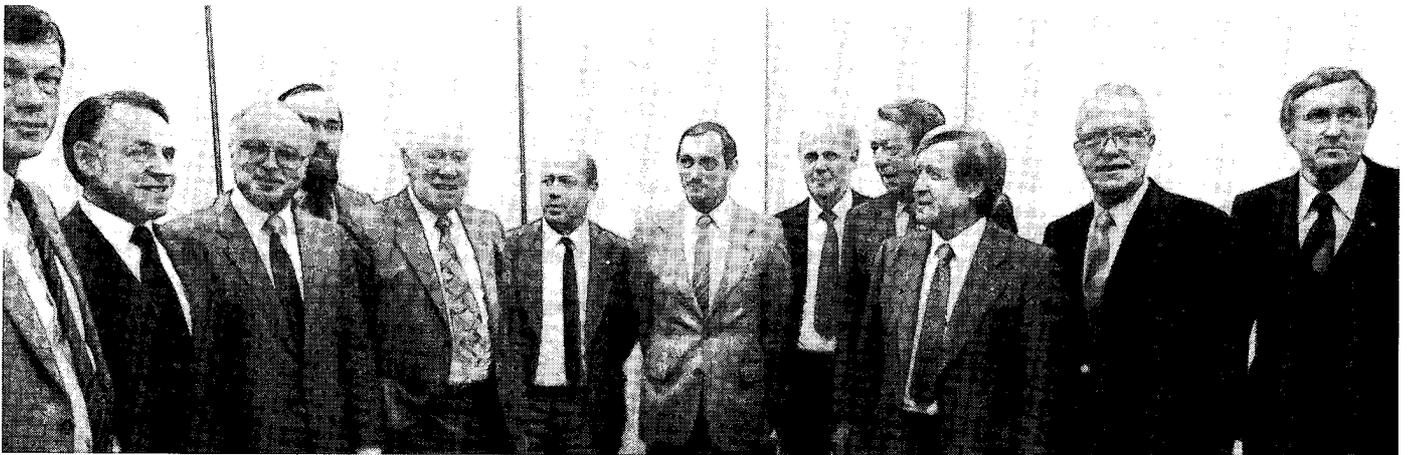
CDU-Fraktion

CDU-Arbeitskreis bei Siemens in Gladbeck

Arbeitsmarktprobleme vor Ort diskutierte der Arbeitskreis Wirtschaft der CDU-Landtagsfraktion bei der Siemens AG in Gladbeck. In Gesprächen mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat informierten sich die Abgeordneten über die Gefährdung von Arbeitsplätzen beim

Siemenswerk und die Auswirkungen für diese Ruhrgebietsregion. Unser Bild zeigt die CDU-Abgeordneten mit Vertretern der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Gladbeck.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.



Spätaussiedler

In den Gemeinden Ostwestfalen-Lippes sind im vergangenen Jahr insgesamt 3261 Spätaussiedler aufgenommen worden, teilte der Regierungspräsident Detmold mit. 739 von ihnen kamen aus der Sowjetunion, 2399 aus den früheren deutschen Ostgebieten. Die höchsten Aufnahmezahlen hatten die Stadt Bielefeld sowie die Städte und Gemeinden der Kreise Paderborn und Lippe aufzuweisen.

Waldsterben . . .

Fortsetzung von Seite 3
Auch Dr. Gerhard Petsch, Forstwirt und 1. Beigeordneter des Kommunalverbandes Ruhrgebiet bekräftigte, von Kleve bis zum Kreis Unna gebe es in den Wäldern des Reviers erhebliche Signalwerte. Die Bedenkelung der Nadelgehölze werde gerin-

ger, das Blattwerk der Laubbäume kleiner. Im Raum Duisburg würden die Blätter von Buchen erheblich schneller abfallen. Petsch, Dozent für ökologischen Waldbau an der Universität Essen: „In diesem Raum haben wir nachweisbar einen vorgezogenen Herbst.“

Arbeitspsychologen . . .

Fortsetzung von Seite 12
Er vertrat die Auffassung, daß die Luft-Reinhaltepläne, so wie es der Antrag vorsehe, in den Abstandserlaß einzubeziehen seien.

Sowohl der Abgeordnete Bernd Wilz (CDU) als auch Karlheinz Bräuer (SPD) erklärten für ihre Fraktionen, daß eine abschließende Beratung im Ausschuß erst dann möglich sei, wenn die Auswertung der Anhörungen vorgenommen und

die endgültige Fassung vorgelegt worden ist. Der Abgeordnete Bräuer (SPD) wies darauf hin, daß zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen sei, ob das Anliegen, das im Antrag zum Ausdruck komme, als erledigt angesehen werden könne. „Hektische Eile sei hier am falschen Platze“, so Bräuer.

Redaktionelle Unterschiede

Der Vertreter des Ministeriums für Landes- und Stadtentwicklung wies allerdings darauf hin, daß es bei der Anhörung seines Hauses keine grundsätzlichen unterschiedlichen Auffassungen gegeben habe, sondern nur redaktionelle.

Sobald die endgültige Fassung vorliegt, so beschloß der Ausschuß, wird er sich abschließend mit dem CDU-Antrag befassen.

